



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIII/182 - 14. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	UNO-Sondersitzung nur ein Zwischenpiel Nach Eisenhowers Vorschlägen zur Lösung der Mazedonien-Krise	67
2 - 3	Zypern bleibt brennende Fackel im Mittelmeer Macmillans Blitzbesuch in Athen, Ankara und Nicosia	62
4	Widersprüche Moskau übernimmt Tito-Thesen	53
5	Ein Lügengewebe "Deutscher Kreis 58"	37
6 - 7	Geheimfonds und Parlamentskontrolle Von H.G. Ritzel, Mitglied des Haushaltsausschusses	84

* * * * *
* * * * *

UNO-Sondersitzung nur ein Zwischenspiel

G.M. Eisenhowers Vorschläge zur Bereinigung der Nahost-Krise sind ein Beitrag zur Lösung eines Teilproblems der allgemeinen Unsicherheit in der Welt. Dieses Empfinden mögen wohl auch die Russen gehabt haben, deren Aussenminister Gromyko trotz heftiger Anwürfe gegen die Politik des Westens doch zu verstehen gab, dass einige der Vorschläge Eisenhowers einer sachlichen Überprüfung wert seien. Die weitere Diskussion in der UNO-Vollversammlung und besonders das Verhalten der neutralen, asiatischen und afrikanischen Staaten wird zeigen, ob die jetzt geschaffenen Voraussetzungen für Verhandlungen eine solide Grundlage haben.

Wie so oft in spannungsgeladenen Zeiten erhebt sich angesichts der nun entstandenen Situation zwingend die Frage, warum die Mächte der Welt nicht schon früher und rechtzeitig vor dem Entstehen einer weltweiten Krise die Vernunft walten lassen.

Eisenhowers Vorschläge sind nämlich keineswegs neu. Schon seit Längerem hat die Sozialistische Internationale, haben die Vertreter von Staaten, die nicht dem einen oder anderen militärischen Machtblock angehören, die Schaffung eines Sonderfonds der Vereinten Nationen für die Entwicklungsländer gefordert (SUNFED). Weder der Westen noch der Osten konnten sich entschliessen, diese Forderung zu unterstützen, weil beide Mächtegruppen vermeiden wollten, dass durch eine UNO-Hilfe für die entwicklungsfähigen Länder der Propagandawert bilateraler Hilfsaktionen verringert werden könnte. Jetzt spricht Eisenhower nicht mehr von einer USA-Hilfe, sondern stellt die UNO in den Vordergrund. Jetzt spricht er von einer Weltbank, die für die Hilfsaktionen ökonomischer Art eingespannt werden soll. Wenige Tage, bevor Nasser den Suez-Kanal verstaatlichte und dadurch die grosse Nahost-Krise von 1956 einleitete, hatte die Weltbank unter amerikanischer Einflussnahme ihre ursprüngliche Zusage zur Finanzierung des Baus des Assuan-Staudammes zurückgezogen!

Wieviel Unruhe, Leid und Blend hätte in diesem Teil der Welt vermieden werden können, wenn man schon damals begriffen hätte, dass die Emanzipationsbewegung der arabischen Staaten nicht mehr mit der

Mitteln des vergangenen Jahrhunderts aufgehalten werden kann.

Wir werden in den nächsten Tagen erleben, wie die Vertreter der Westmächte in der JNC den grössten Teil der Vorschläge Eisenhowers unterstützen. Wir werden auch in zahlreichen Kommentaren lesen, wie gross das Verdienst des amerikanischen Präsidenten sei, Vorschläge zur Lösung der Nahost-Krise gemacht zu haben, die den realen politischen und ökonomischen Voraussetzungen in diesem Teil der Welt gerecht werden.

Es sei uns aber gestattet, darauf hinzuweisen, dass der grösste Teil der Presse des Westens und des Ostens geschwiegen hat, als der aussenpolitische Sprecher der britischen Labour-Party, Aneurin Bevan, gleich zu Beginn der jetzigen Nahost-Krise ein Vierpunkte-Programm vorlegte, das in seinem Kern fast haargenau Eisenhowers Ideen vorwegnimmt. Es war am 22. Juli 1958, als Bevan im britischen Unterhaus diese Vorschläge machte. Auch in diesem Fall erhebt sich die Frage, warum man so lange Zeit brauchte, um anzuerkennen, dass aus dem Geist des freiheitlichen Sozialismus entstandene Lösungsvorschläge ein brauchbares Instrument zur Überwindung einer Krise sein können, die den Weltfrieden bedroht.

Nun hat der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow erneut die Einberufung einer Gipfelkonferenz gefordert. Daraus ist zu entnehmen, dass die Sowjetunion die jetzigen Verhandlungen vor der UNO auch nur als Zwischenspiel betrachtet und nach wie vor das Gespräch der Grossen nicht nur über ein Teilproblem der Weltkrise sondern über das Gesamtproblem anstrebt. Gewiss, man darf im Augenblick mit einer Atempause rechnen, die vielleicht in langwierigen Verhandlungen über die Nahost-Krise ihren Ausdruck finden wird. Man sollte sich aber nicht der Illusion hingeben, dass dadurch das Ost-West-Verhältnis und die Problematik der militärischen Blockpolitik im Weltmassstab aus der internationalen Politik verschwindet.

Diese Problematik bleibt. Sie wird erst dann der Lösung näher gebracht werden können, wenn - wie jetzt im Falle der Nahost-Krise - andere Maximen Geltung erhalten, als die der Atmosphäre des kalten Krieges.

Zypern bleibt brennende Fackel im Mittelmeer

E.A. London - "Weiß der Himmel, wie weit Macmillan's Mission in Athen, Ankara und Nicosia gelungen ist", meinte die vorsichtige "Times", als der britische Premierminister in London zurückerwartet wurde. Die Entscheidung der griechischen Regierung, einen neuen Appell in der Zypernfrage an die Vereinten Nationen zu richten, wurde als deprimierendes Omen für die von Macmillan verfolgten Pläne angesehen. Im besten Falle hat die Initiative Macmillans eine Atempause in einer Sackgasse gewonnen, während der man in verhältnismäßiger Ruhe weiterverhandeln kann. Aber auch dieser Erfolg erscheint zweifelhaft.

Die Länge der Atempause hängt nämlich nicht nur von dem guten Willen der Regierungen in Athen, Ankara und London ab. Hinzukommen müßte zumindest ein stillschweigendes Einverständnis der anderen beteiligten Seiten; Erzbischof Makarios, Oberst Grivas und nicht zuletzt die militärischen Befehlshaber auf Zypern haben ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Auf Makarios' Einfluß dürfte der neue griechische Appell an die Vereinten Nationen zurückzuführen sein. Oberst Grivas, der Führer der EOKA-Untergrundbewegung, hat ausdrücklich sein Angebot einer befristeten Waffenruhe an die Bedingung geknüpft, daß weder Türken noch Briten ihn provozieren. Ist es eine Provokation, wenn die britischen Sicherheitstruppen die Jagd auf EOKA-Anhänger fortsetzen, oder aber wenn sie zu verhindern suchen, daß Grivas-Anhänger die Kommunisten, Gewerkschaftler und Griechen, die den Weisungen der britischen Verwaltung folgen, also allen, die den Befehlen der EOKA nicht gehorchen und daher als Verräter gebrandmarkt werden, mit Mord und Totschlag bedrohen? Man sollte ja doch nicht vergessen, daß die Zustände in Zypern infolge des Fehlens politisch möglicher Lösungen einer blutigen Anarchie zutreiben.

Trotz des von Macmillan zur Schau getragenen Optimismus steht zu befürchten, daß die augenblickliche Pause im Blutvergießen nicht lange andauern kann, da es nicht gelungen ist, die politische Entwicklung über den toten Punkt hinauszuhoben. Der Standpunkt der griechischen Regierung bleibt unvereinbar mit der Haltung der türkischen Regierung. Die Griechen in Zypern sind nur bereit, einer Übergangsperiode, wie sie der

britische Partnerschaftsplan vorsieht, zuzustimmen, falls an deren Ende Selbstbestimmung, d.h. Anschluß an Griechenland steht. Für die Türken aber muß jede Endlösung den Anschluß an Griechenland ausschließen. Unter diesen Umständen die Augen vor den Tatsachen zu verschließen, vor einer Entscheidung auszuweichen und den status quo mit kleinen Reformen auf eine Siebenjahresfrist zu stabilisieren, heißt nur, die explosive Situation andauern zu lassen. Denn darauf läuft schließlich der Ausgang der Macmillan-Mission hinaus. Die Nutznießer auf lange Sicht werden die Extremisten in den griechischen und türkischen Untergrundbewegungen sein, die Leidtragenden aber die friedlich-gesonnenen Zyprioten und in zweiter Linie Großbritannien, das für weitere sieben Jahre Schutzpolizist und Zielscheibe auf der Insel spielen müßte.

Der zweifelhafte militärische Wert von Zypern für Großbritannien hatte sich bereits während der Suezintervention herausgestellt; die Luftlandeoperationen in Jordanien haben die strategische Wertlosigkeit Zyperns unter heutigen Umständen noch unterstrichen. Allmählich sollte es auch den britischen Hitzköpfen dämmern, daß Zypern sich immer mehr zu einer strategischen, finanziellen und politischen Belastung für Großbritannien entwickelt. So erfreulich es aus humanitären Gründen sein mag, eine längere Unterbrechung des Blutvergießens durch die Initiative Macmillans erreicht zu haben, so verderblich wäre es, wenn man in der Suche nach einer Lösung des Gesamtproblems nachlassen würde. Nachdem man die Dinge so weit hat treiben lassen, ließe sich eine Lösung wahrscheinlich nur auf der Basis erreichen lassen, die von Crossman, Woodrow Wyatt und anderen Sozialisten empfohlen wird, nämlich: Großbritannien sollte das Zypernproblem den Vereinten Nationen unterbreiten und dabei feierlich erklären, daß es sich zu einem festen Zeitpunkt aus Zypern zurückziehen werde, falls die von ihm vorgeschlagene Lösung nicht von der Türkei und Griechenland akzeptiert werde.

Widersprüche

-k. Zu den seltsamen Widersprüchen in der sowjetischen Politik gehört es im Augenblick, dass Moskau nach aussen hin mit aller Schärfe gegen den Ketzer Tito vorgeht, während es innenpolitisch sich heftig in die Tat umzusetzen. Kürzlich veröffentlichte die "Prawda" eine Notiz, der Oberste Sowjet habe beschlossen, die Rechte der Gewerkschaften in der Leitung der Betriebe erheblich zu erweitern. Das traurige Schattendasein der sowjetischen Gewerkschaften ist oft genug erwähnt worden. Praktisch zeigten sich diese Organisationen, die Stalin zu Handlangern des Staates herabgewürdigt hatte, bisher nur als Wohlfahrtsinstitute mit eigenen Schulen, Kinos und Erholungsheimen. An den wirklichen Problemen der sowjetischen Arbeiter hatten sie mit geschlossenen Augen vorüberzugehen. Jetzt indessen scheint ihnen Chruschtschow eine etwas bedeutungsvollere Rolle zugestanden zu haben, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der Praxis der jugoslawischen Arbeiterräte aufweist. Zunächst einmal sollen die Gewerkschaften künftig in den Betrieben ein Wort mitzureden haben, wenn es um die berühmte "Perspektivplanung" und die Produktion geht. Die Direktoren sind jetzt zumindest verpflichtet, die Gewerkschaftskomitees über alle Probleme zu unterrichten und ihre Gegenvorschläge zu erwägen.

Bedeutungsvoller sind allerdings die neuen Einwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die personelle Zusammensetzung der Betriebsführung. Sie können die Abberufung oder Bestrafung solcher leitenden Angestellten verlangen, von denen sie glauben, dass sie sich bürokratischer Methoden und einer Verletzung der Arbeitsgesetze schuldig gemacht haben. Dieses Kontrollrecht bezieht sich auch auf alle Fragen der Arbeitsbedingungen und der Lebensverhältnisse der Arbeiter, die durch die neu zugestandene Überwachung des betrieblichen Finanzgebarens besonders wirksam wird. Entlassungen und Neubesetzungen leitender Posten sind ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter nicht mehr möglich.

Solche Reformen erscheinen - wie ja auch in Jugoslawien - als weitere Schritte auf dem Wege zur Dezentralisierung der Wirtschaft. Sie sind allerdings, so dankbar die sowjetischen Arbeiter diese Veränderungen begrüßen mögen, nicht ohne Hintergedanken entworfen worden. Wie auch schon bei den sogenannten Volkswirtschaftsräten, also den Überwachungsorganen der einzelnen Industriegebiete, war Chruschtschow stets bemüht, Selbständigkeitsbestrebungen, die durch den Abbau der Zentralgewalt ausgelöst werden könnten, durch einen verstärkten Einfluss der Partei wettzumachen. War im vergangenen Jahr den Moskauer Industrieministerien die unumschränkte Macht aus der Hand gewunden worden, so hatte doch die Partei durch ihre überwältigende Mehrheit in den Sownarkhos die Zügel fest in der Hand. Ähnlich soll jetzt über die Gewerkschaften das zentralistische Führungsprinzip in den Betrieben gestärkt werden. Allerdings kann es, wie gerade Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, dazu kommen, dass kommunistische Funktionäre in den Betrieben oder in der Führung der Wirtschaftsgebiete plötzlich zwei Herzen in ihrer Brust schlagen fühlen, nämlich ein Moskauer und ein lokalpatriotisches. Und es konnte dann schon passieren, dass sie sich im Widerspruch zu den Weisungen der Parteizentrale für die regionalen oder betriebsegoistischen Interessen entschieden.

Ein Lügengewebe

W.P. Nachdem vor einiger Zeit eine Meldung durch die Presse ging, wonach als Pendant zum "Club republikanischer Publizisten" in München ein "Deutscher Kreis 58" ins Leben gerufen worden sei, ist jetzt die erste Nummer eines sogenannten "Aufklärungsdienstes" erschienen und im Bundesgebiet verbreitet worden. Er ist ausgerechnet vom "Journalisten-Ring" des Deutschen Kreises 58 zusammengestellt worden, einem Kreis von Männern also, deren vornehmste Pflicht die Wahrung von Wahrheit und Wahrhaftigkeit sein sollte. Leider stellt jedoch der "Aufklärungsdienst" wie eine oberflächliche Durchsicht bereits ergibt, ein Lügengewebe um das Thema Atomrüstung dar, das in seiner Art einzigartig ist und die Tätigkeit des Münchner Kreises in ein bezeichnendes Licht rückt. Man verknüpfte einfach Meldungen der verschiedensten Art, die gar nicht zusammengehören, man nennt Namen von Personen, die einer kommunistischen Arbeit verdächtigt werden und biegt an angeblichen Tatsachen passend zurecht, was sonst nicht in den gewünschten Rahmen passte. Alles nur, um der Aufklärung über die Gefahren des atomaren Wettrüstens auf unserem Boden entgegenzuwirken.

Aber mit welchen Methoden? Nicht etwa, indem man namhafte Männer zu Wort kommen lässt und die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung bekanntgibt, wie es etwa der Tätigkeit des "Arbeitsausschusses Kampf dem Atomtod" entspräche. Keineswegs. Man verdächtigt den Gewissenskampf der Atomwaffengegner vielmehr sowjetischer Motive und versucht durch Falschmeldungen den Eindruck vorzutäuschen, als seien Sozialdemokraten kommunistische Helfershelfer. Was sonst sollte die unbegründete Behauptung, in der Bundesrepublik existierten noch heute über 300 kommunistische Tarnorganisationen - was sicherlich turmhoch übertrieben ist?

Würden die Atomwaffengegner gegen Adenauer mit dergleichen Unwahrheiten und Verleumdungen arbeiten, wie man das bei diesem Propaganda-Team christlich-demokratischer Provenienz feststellen muss, sie wären längst unglaubwürdig geworden. Sie wollen aber nicht, dass der politische Kampf, der ein Lebenselement unserer freiheitlichen Demokratie ist, sich in der Gosse abspielt. Nur der Autoritarismus kann auch - oder besser - will ohne Demokratie leben. Er baut auf die Macht und liebt es nicht, auf die Stimme des Volkes zu hören. In einem Staat jedoch, in dem ein demokratisches Leben ungehemmt sich entwickeln kann, darf, ja muss das Volk die Regierung anklagen, wenn es um Leben und Zukunft geht.

Geldfonds und Parlamentskontrolle

Von H.G.Ritzel, Mitglied des Haushaltsausschusses

Vor einiger Zeit hat der frühere bayrische Finanzminister ZORN die Meinung geäußert, den Abgeordneten der Deutschen Parlamente, also der Landtage und des Bundestags, fehle es an der Fachkunde zur Überwachung der Exekutive. Ich kann mir über die Zusammensetzung des bayrischen Landtags und seiner Ausschüsse kein Urteil anmaßen, aber Minister- a. D. Zorn kann sich offensichtlich auch kein Urteil über die Qualitäten der Bundestagsabgeordneten anmaßen, die von ihren Fraktionen in die Sachausschüsse geschickt worden sind, um dort die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der Bundesregierung zu erfüllen. Schon ein Blick in das amtliche Handbuch des Deutschen Bundestags und über den Werdegang der Ausschuß- und Bundestagsmitglieder hätte Herrn Zorn vor der Verallgemeinerung seiner scheinbar nur bayrischen Erfahrungen bewahren müssen, die ich, nebenbei gesagt, für überspitzt und damit mindestens teilweise für ungerecht halte.

Den Bundesministern und der Bürokratie des Bundes stehen in den Ausschüssen und im Plenum des Bundestags ernsthafte Persönlichkeiten gegenüber, deren Berufsausbildung und Lebenserfahrung den Qualitäten der Regierungsvertreter durchaus ebenbürtig sind. Wenn die parlamentarische Kontrolle nicht das ist, was sie sein sollte, dann liegen die Ursachen ganz wo anders: sie liegen in der Tatsache, daß sich die Regierungsparteien allzusehr dem Willen der Regierung beugen, die einfach nicht parlamentarisch kontrolliert sein will!

Das Beispiel des Zustandekommens eines Beschlusses des Verteidigungsausschusses auf Veröffentlichung der Zuwendungen aus dem an sich nicht geheimen Titel 309 "Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen" spricht doch Bände! Wäre nicht zufällig einige CDU-Abgeordnete gefehlt hätten, wäre der so nützliche und notwendige Beschluß nie zustande gekommen! Nur dem Zwang der unerwarteten Tatsache gehorchend, hat die Regierung dem Beschluß entsprechend Mitteilungen über die Verwendung von bis jetzt 1,66 Millionen DM von den insgesamt 12,2 Millionen DM veröffentlicht, die zum Aufschon mahnen. Aus der Verwendung ergibt sich eine gezielte Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die zum Teil Formen angenommen hat, die als laufende Subvention bezeichnet werden müssen. Es handelt sich aber hierbei nicht um eine saubere Subvention, die etwa sozialen Notwendigkeiten entspricht, sondern um die Anwendung von Finanzierungsmethoden aus Steuergeldern, die eher die Bezeichnung Korruption verdienen!

In einem Leitartikel einer süddeutschen Tageszeitung wurde vor einigen Tagen die Erwartung ausgesprochen, daß jedermann, der Gelegenheit dazu findet, diesen Geldmitteln und ihren Verwaltern eine unablässige Aufmerksamkeit zuzuwenden, jeden Mißbrauch bloßstellen und jeden Fehlgriff rügen solle. Gerade da liegt der Hase im Pfeffer! Denn Mißbräuche bloßstellen und Fehlgriffe rügen kann man doch nur, wenn man in der Lage ist, Mißbräuche und Fehlgriffe nachzuweisen. Um die verfassungsmäßige Einaräumung des Rechts auf Durchführung der parlamentari-

schon Kontrollfunktioner geht es doch! Aber dieses Recht wird nicht eingeräumt, es wird zum Schutze der Regierung von der Regierungsmehrheit blockiert!

Es geschieht von Fall zu Fall, wenn entsprechende Anträge der Minderheit durch die Mehrheit in bezug auf die Kontrolle nicht geheimen Titel abgelehnt werden. Es geschieht generell, wenn es sich um Titel und Millionenmittel handelt, die als geheim bezeichnet und jeder parlamentarischen Kontrolle entzogen werden. Jahre hindurch hat die parlamentarische Minderheit im Bundestag den Versuch gemacht, eine wenn auch noch so bescheidene Kontrollmöglichkeit gegenüber gehinthaltenen Ausgaben zu erschließen. Es war alles vergebens! Was soll denn jetzt geschehen?

Man redet gern und viel vom Klima im Bundestag. Gutes Klima entsteht, wenn gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist. Vertrauen beruht aber auf Einsicht und Entgegenkommen. Wie oft hat die Opposition im Bundestag den Beweis erbracht, daß sie zu Entgegenkommen bereit ist! Wie oft wurde ihre dargebotene Hand zurückgewiesen! Würde es zur Verbesserung des Klimas etwa beitragen, wenn die Opposition von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen wollte, Untersuchungsausschüsse zur Fachprüfung der Ausgaben der Bundesregierung einzusetzen? Bekanntlich muß der Bundestag auf Verlangen eines Viertels seiner Mitglieder einen Untersuchungsausschuß einsetzen. Da die Sozialdemokraten allein über die erforderliche Zahl von Mitgliedern verfügen, müßte also gegebenenfalls ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden. Was wäre damit geschehen? Die Regierungsparteien würden auch in diesem Untersuchungsausschuß über die Mehrheit verfügen und wären damit in der Lage, jeden der Regierung unangenehmen Beschluß, selbst Beweiserhebungen zu verhindern. Also würden auch Untersuchungsausschüsse, deren Verhandlungen zudem durch Mehrheitsbeschluß noch als geheim bezeichnet werden könnten, ein untaugliches Instrument parlamentarischen Kontrollwillens sein.

Während der Haushaltsberatung 1953 habe ich den von mir sehr geschätzten Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Dr. Heinrich Krone, daran erinnert, daß er im Reichstag der Weimarer Zeit einem parlamentarischen Kontrollausschuß angehört, der einen geheimen Fonds des Reichskanzlers von 200.000 RM zu kontrollieren hatte. Auch diesem Hinweis blieb der Erfolg versagt. Es blieb beim sauren "Nein". Wenn die Opposition diese Entwicklung und Haltung kritisiert, dann ist sie es, die das "Klima" verdorbt. Warum eigentlich diese Geheimnisthämerei bei Verwendung von Steuergeldern?

+ + +